

Deutschland hat Zukunft

Weltklimavertrag – Konsequenzen für die Wirtschaft

Donnerstag, 28.07.2016 um 09:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Stefan Albat

Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik

i.V. für Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Veranstaltung in unserer Reihe „Deutschland hat Zukunft“.

Auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris wurde Ende letzten Jahres ein neuer internationaler Weltklimavertrag beschlossen.

Das besondere an dem Abkommen ist, dass erstmals alle Staaten völkerrechtlich verbindlich dazu verpflichtet werden, nationale Ziele zur Senkung von CO₂-Emissionen festzulegen und diese auch zu verfolgen.

Wir wollen heute über die Bedeutung dieses Vertrages und die Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft sprechen.

Ich freue mich, dass hochrangige Experten bei uns sind, um mit uns zu diskutieren.

Ich begrüße recht herzlich

- **Herrn Markus Ferber**, den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament,

- **Dr. Dieter Gilles**, den Leiter des Werks in Burghausen der Wacker Chemie AG,
- **Herrn Rainer Häring**, Director Energy Western Europe des finnischen Papierherstellers UPM sowie
- **Jennifer D. Gavito**, die amerikanische Generalkonsulin in München.

Vielen Dank, dass Sie gekommen sind!

Inhalte des Vertrages

Wesentliches Ziel des neuen Weltklimavertrags ist es, die Erderwärmung auf „deutlich unter zwei Grad Celsius, wenn möglich sogar auf 1,5 Grad Celsius“ gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird jedes Land völkerrechtlich dazu verpflichtet, nationale Klimaziele

- festzusetzen,
- zu kommunizieren und
- Maßnahmen zu ergreifen, diese zu erreichen.

Bis zum Jahr 2020 sollen die nationalen Klimaziele endgültig festgesetzt und kommuniziert sein.

Ab 2020 sollen die Staaten ihre angestrebten Klimaziele – das sogenannte „nationale Ambitionsniveau der CO₂-Einsparung“ – alle fünf Jahre erhöhen.

Zwar haben im Rahmen der Pariser Klimakonferenz die Länder bereits Vorschläge vorgelegt, wieviel CO₂ sie bereit wären einzusparen. Diese Minderungsziele sind jedoch nicht Bestandteil des Abkommens und haben folglich keinen verbindlichen Charakter.

Zudemsteht schon jetzt fest, dass diese nationalen Klimaziele nicht ausreichen werden, das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Die Staaten sind deshalb aufgerufen, bis 2018 das Niveau ihrer bisherigen Klimaziele zu überprüfen und gegebenenfalls anzuheben.

Neben der Verpflichtung zur Festsetzung nationaler Klimaziele wurde darüber hinaus vereinbart, erhebliche Finanzmittel für den Klimaschutz bereit zu stellen.

Ab 2020 sollen jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Klimaschutzfinanzierung zur Verfügung stehen. Ab 2025 sollen es jährlich sogar mehr als 100 Milliarden US-Dollar sein.

Noch ist jedoch weitgehend unklar, wie diese Summe zusammenkommen soll.

Völkerrechtlich verbindlich ist dabei lediglich, dass finanzielle Mittel bereitgestellt werden sollen. Die konkrete Summe von 100 Milliarden US-Dollar aufwärts ist dagegen nicht verbindlich festgelegt worden.

Problem Ratifizierung

Völkerrechtliche Verbindlichkeit hat der Weltklimavertrag nur, wenn ihn mindestens 55 Länder ratifizieren, die zusätzlich mindestens 55 Prozent der globalen Emissionen abdecken.

Bislang liegen Ratifizierungen von 19 Staaten vor, die zusammen nur für 0,18 Prozent aller Emissionen verantwortlich sind.

Wenn allerdings USA, China und Indien – wie angekündigt – in diesem Jahr nachziehen, wären schon 49,7 Prozent der Emissionen erreicht.

Die EU war als eigenständiger Verhandlungspartner bei der Weltklimakonferenz mit dabei. Sie wird die Ratifikation in diesem Jahr wohl nicht mehr schaffen. Grund ist, dass neben EU-Rat und EU-Parlament auch alle 28 EU-Staaten den Vertrag verabschieden müssen.

Der Brexit könnte den Ratifizierungsprozess verzögern. 2014 war das Vereinigte Königreich nach Deutschland der größte Treibhausgasemittent in der EU. Es ist davon auszugehen, dass Großbritannien – als Vorreiter in puncto Klimaengagement und als eines der größten Geberländer für Mittel zur Klimafinanzierung – an der Ratifizierung des Abkommens festhält. Aber wird Großbritannien den Weltklimavertrag alleine oder gemeinsam mit der EU ratifizieren? Muss das EU-Klimaziel aufgrund des Brexits neu berechnet werden? Hier gibt es noch keine Antworten.

Die Ratifizierung in Deutschland sollte in diesem Jahr noch klappen. Das Bundeskabinett hat den Gesetzesentwurf zur Ratifizierung des Abkommens Anfang Juli beschlossen, nach der

Sommerpause werden sich Bundesrat und Bundestag damit befassen.

Gebannt schauen wir in Richtung USA. Während Hillary Clinton den Weltklimavertrag unterstützt, hat Donald Trump bereits angekündigt, ihn annullieren zu wollen. Sollte Trump das Rennen um das Weiße Haus machen, dann hat der Weltklimavertrag wohl nur eine Chance, wenn er bei seinem Amtsantritt im Januar 2017 bereits in Kraft getreten ist. Zurücktreten können die USA dann erst nach dem Ablauf von drei Jahren.

Vielleicht kann uns Frau Generalkonsulin Gavito heute noch eine Einschätzung geben, wie die Chancen stehen, dass die USA den Weltklimavertrag noch – wie angekündigt – in diesem Jahr ratifizieren.

Bewertung des Klimavertrags: Wir begrüßen den Vertrag, denn der Klimaschutz bisher hatte Schlagseite

Wie bewerten wir, die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, den Weltklimavertrag?

Die deutsche und bayerische Wirtschaft bekennt sich zum Klimaschutz und sieht das Ergebnis der 21. UN-Klimakonferenz als Schritt in die richtige Richtung an, die Erderwärmung auf unter zwei

Grad zu begrenzen. Dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Deshalb begrüßen wir den Weltklimavertrag.

Wir haben immer betont, dass wir einen internationalen Ansatz brauchen, an dem sich alle Länder mit einem Höchstmaß an Verbindlichkeit beteiligen müssen.

Zum einen, weil sich das globale Einsparziel nur gemeinsam erreichen lässt, aber auch, weil einseitige Wettbewerbsnachteile vermieden werden müssen. Denn so wie bisher konnte es nicht weiter gehen.

Der weltweite Klimaschutz hatte und hat immer noch Schlagseite – zum Nachteil sowohl für die bayerische Wirtschaft als auch für das Klima.

In Deutschland sind im Jahr 2014 rund 27 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen worden als 1990. Damit sind in keinem anderen Land die CO₂-Emissionen so sehr zurückgegangen wie in Deutschland – und das trotz wachsender Wirtschaft und mehr Produktion.

Das ist gut für den Klimaschutz! Damit setzt die deutsche Wirtschaft weltweit Maßstäbe.

Wir, die vbw, unterstützen unsere Betriebe tatkräftig bei der energetischen Optimierung – etwa mit unserem Servicepaket für ein verantwortungsvolles und wirtschaftliches CO₂-Management („co2ncept plus“).

Infolge der Anstrengungen der Wirtschaft ist auch der CO₂-Ausstoß in Europa von 1990 bis 2014 bereits um 23 Prozent zurückgegangen.

Doch was nützt es, wenn wir in Deutschland und Europa unsere Performance ständig verbessern, andere Länder aber immer mehr Energie verbrauchen – und dadurch die CO₂-Emissionen steigen?

Trotz des Rückgangs in Deutschland um 27 Prozent und in Europa um 23 Prozent sind die weltweiten Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2013 auf das 1,6-Fache angestiegen.

China, der weltweit größte Treibhausgasemittent, hat 2013 viermal so viel Treibhausgase ausgestoßen wie 1990.

So erfreulich die Erfolge Deutschlands und der EU sind: Klimaschutz ist auch ein Kostenfaktor.

Die Umrüstungen, Optimierungen und Effizienzsteigerungen sind richtig teuer!

Wir stehen im harten internationalen Wettbewerb, auch mit aufstrebenden Industrienationen wie China, Indien oder Südkorea. Sie alle geben weit weniger für Klimaschutz aus als wir.

Herr Dr. Gilles und Herr Häring werden gleich in ihren Vorträgen berichten, welche Hürden bereits die aktuelle Klimaschutz-Gesetzgebung für die Chemie- und Papierindustrie mit sich bringt und wie sich das auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortentwicklung in Deutschland auswirkt.

Wir sind noch lange nicht am Ziel: Unsere Forderungen

Der Klimavertrag hat jetzt die Basis dafür gelegt, dass **alle** ihren gerechten Beitrag leisten.

Allerdings gilt: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Das Risiko, dass sich manche weiterhin vor ihrer Verantwortung drücken, ist weiter gegeben. Die eigentliche Arbeit steht uns erst bevor.

Folgende Aspekte müssen aus Sicht der bayerischen Wirtschaft jetzt beachtet werden:

Die EU und Deutschland leisten bereits einen entscheidenden Klimabeitrag. Eine Verschärfung der europäischen und nationalen Klimaziele darf daher nur auf dem Niveau anderer Industriestaaten erfolgen. Wir warnen vor falsch verstandenem Ehrgeiz der politisch Verantwortlichen in Berlin und Brüssel: Weitere einseitige Belastungen zu Lasten der heimischen Industrie müssen zwingend vermieden werden. Vor allem darf es nicht dazu kommen, dass Unternehmensstandorte und Arbeitsplätze in Staaten mit geringeren oder keinen Klimaschutzauflagen verlagert werden.

Bei der Ausgestaltung des Klimaschutzplans 2050, der noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden und den Weltklimavertrag in Deutschland umsetzen soll, muss deshalb zwingend auch die Stimme der Industrie gehört werden. Das entsprechende Gesprächsangebot von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel an die Wirtschaft nehmen wir gerne an. Denn eines steht fest: Die bisherigen Vorschläge des

Bundesumweltministeriums waren überhastet und müssen grundlegend überarbeitet werden.

- Wichtig ist, dass sich alle Staaten, insbesondere die großen Treibhausgasemittenten, zu noch ambitionierteren und aufeinander abgestimmten Emissionszielen verpflichten.
- Zudem muss es jetzt darum gehen, den Verhandlungsprozess zu strukturieren. Das wird im Fokus der 22. UN-Klimakonferenz stehen, die im November dieses Jahres in Marrakesch stattfindet.

Das Ganze ist spieltheoretisch extrem anspruchsvoll. Die Anreize für Staaten, zu geringe Klimaziele anzustreben oder die gemachten Zusagen nicht einzuhalten, sind groß – zumal der Weltklimavertrag keinen Sanktionsmechanismus bei Nichteinhaltung der nationalen Ziele enthält. Ein Klima-Mikado nach dem Motto „wer sich zuerst bewegt, verliert“ muss vermieden werden.

Wir brauchen zwingend einen transparenten Rahmen für das Messen, Berichten und

Verifizieren der zugesagten Klimaschutzleistungen. Es kann nicht sein, dass jedes Land sich auf unterschiedliche Basisjahre bezieht, denn das macht die Vergleichbarkeit der Zusagen und Minderungsleistungen nahezu unmöglich.

- Was die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zwischen 2020 bis 2025 angeht, so muss ein für alle Geberländer durchdachtes und sorgfältig geprüftes sowie gerechtes Finanzierungskonzept entwickelt werden.

Auch der Privatsektor und Schwellenländer sollten bei der Klimafinanzierung mit eingebunden werden. Auch hier gilt: Die deutschen Transferleistungen dürfen das Niveau anderer Länder mit ähnlich hohem Treibhausgasaufkommen nicht überschreiten.

- Unterm Strich können vor allem bayerische Unternehmen, die ihre Stärke bei Umwelt-, Energie- und Klimatechnik sowie generell bei Infrastrukturprojekten haben, davon profitieren. Ich plädiere allerdings dafür, die Chancen

realistisch zu betrachten. Denn das Geld muss zunächst bereit gestellt werden – und zwar auch von Deutschland.

Schluss

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir begrüßen den Weltklimavertrag. Er bietet die **Chance**, dass der Klimaschutz „mit Schlagseite“ zu Lasten der bayerischen Wirtschaft und damit auch zu Lasten des Klimas künftig ein Ende hat. Ob diese Chance tatsächlich ergriffen wird, das werden die nächsten Jahre zeigen.

Ich freue mich auf eine interessante Veranstaltung!